

fähig, sich mit allen anderen friedliebenden Schichten der Bevölkerung zu verbinden und eine breite Volksbewegung für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt zu organisieren.

Ausgehend von ihrer großen nationalen Verantwortung, hat die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik den ersten Teil ihrer geschichtlichen Aufgabe erfüllt, den Militarismus und die Macht der Monopole liquidiert. Sie hat auch die zweite Aufgabe gelöst: Sie hat nicht nur die Arbeiter-und-Bauern-Macht errichtet und gezeigt, daß sie Staat und Wirtschaft leiten kann, sie hat auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt. Damit hat die Arbeiterklasse der DDR im Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten den Beweis erbracht, daß auch in Deutschland die Epoche des Sozialismus begonnen hat und eine zielbewußte Politik des Friedens und der Zusammenarbeit mit allen Völkern möglich ist.

Auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde das Programm des Sozialismus begründet und beschlossen.

Dieses Programm ist von Bedeutung für die ganze geschichtliche Entwicklung in Deutschland. Nur durch die Stärkung der DDR und den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der Friedenskräfte in Westdeutschland für Demokratie und sozialen Fortschritt, für Abrüstung und Verständigung kann eine Wende zur Herstellung der Einheit Deutschlands erfolgen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands begrüßt die Eurem Parteitag vorliegenden Vorschläge für die Sicherung des Friedens und die friedliche Lösung der deutschen Frage. Wir sind gemeinsam der Auffassung, daß der Weg zur Einheit Deutschlands durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und durch die revanchistische Kriegspolitik und die Atomrüstung verschüttet wurde. Das deutsche Volk kann auf dem Weg zur Einheit Deutschlands nur vorwärtskommen, wenn es diese Hindernisse beseitigt, das heißt, wenn die allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland durchgeführt, mit dem Revanchismus Schluß gemacht wird, wenn der westdeutsche Machtapparat von notorischen Nazis gesäubert ist und Westdeutschland die aggressive NATO verläßt. Die DDR hat bereits früher angeboten, in einem solchen Fall aus der Organisation des Warschauer Paktes auszutreten.

Die Bürger der beiden deutschen Staaten stellen mit Recht die Frage der Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. In unserem Siebenpunkteprogramm haben wir auf dem VI. Parteitag Vorschläge für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten begründet.